

EingelPreis 40 000 Mk.

Bezugspreis monatlich:

In der Geschäftsstelle 800.000 Mk. pol.
Durch Zeitungsboten 8.000
die Post 850.000
Ausland 1200.000
Pro Woche 250.000

Redaktion und Geschäftsstelle:

Lodz, Pelikauer Straße Nr. 86.

Telephon Nr. 6-86.

Postcheckkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erste mit Ausnahme der nach Feiertagen folgenden Tage frühmorgens

Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Millimeterzeile 9000 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklamez. (Millim.) 30000
Eingelands im lokalen Teile 6 000
Für Arbeitsuchende besondere Vergünstigungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet. Auslandsinhalte 50%, Zuschlag bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung, Schließung der Zeitung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 156.

Lodz, Donnerstag, den 22. November 1923.

1. Jahrgang.

Eine neue Koalitionsregierung?

Polnischen Blättermeldungen aus Warschau zufolge, wurden während des am Sonntag stattgefundenen Besuchs der Staatspräsidenten Wojciechowski beim Ministerpräsidenten Witos die wichtigsten Staatsangelegenheiten erörtert, darunter auch die Frage eines baldigen Regierungswechsels. Herr Wojciechowski lenkte die Aufmerksamkeit auf die starke Opposition im Sejm, die keinen praktischen Anteil an den Staatssachen nimmt. Während der Besprechung erwog man einen eventuellen Schritt der Regierung und die Schaffung eines außerparlamentarischen Koalitionskabinetts, an dessen Spitze der derzeitige Finanzminister Wladyslaw Grabski oder der frühere Ministerpräsident General Sikorski stehen würde. Die Aussichten waren für Grabski günstiger, da dieser auch die Unterstützung gewisser Rechtsparteien erlangen könnte. Ein Kabinett Grabski würde ausschließlich im Zeichen der Sanierung der Staatsfinanzen stehen.

Im Saal der Regierungspartien dauern die Verhandlungen in dieser Frage unaufgeklärt fort. In diesen Tagen gibt sich Ministerpräsident Witos noch Spala wo der Staatspräsident zuhause, um mit diesem die Besprechungen fortzusetzen. Die Initiative sowie die Verantwortung mit den Parteien würde Herr Wojciechowski übernehmen.

In den Linksfraktionen wird auf die Unmöglichkeit hingewiesen, einem Koalitionskabinet zu arbeiten, in dem naturgemäß die Parteien der äußersten Rechten vertreten wären. Die Fraktionen der Linken würden allenfalls eine Zentrumsregierung mit einer unentschiedenen, wenn diese aus den Plänen, den Nationalen demokratischen und der Zentrumspartei unter Führung des Nationalen Volksverbandes zusammengekehrt wäre.

Für den Fall, daß der Gedanke eines Koalitionskabinetts sich verwirklichen lassen sollte, müßte in Witoskreisen rasch eine Kabinettliste im Munde: Ministerpräsident — Wladyslaw Grabski,

Innenminister — Sejmarschall Rataj, Außenminister — Abg. Dombrowski, oder Leopold Sulski, Seereswesen — General Sosnowski, Unterricht — Abg. Waszkiewicz.

Die Verteilung der Portefeuilles soll insoweit den Ansprüchen der Parteien Rechnung tragen, als jede die Regierung unterstützende Partei durch einen Minister in der Regierung vertreten sein soll. Im übrigen soll es ein Kabinett von Fachministern sein.

Rugbarmachung der Weichsel für Ostpreußen.

Paris, 21. Nov. (Kat.) Heute haben die Verhandlungen in der Hauptkommission für deutsch-polnische Grenzbestimmungsbefragungen begonnen. Gemäß dem Art. 97 des Versailler Vertrages beschäftigt sich die Kommission mit der Regelung der Frage der Rugbarmachung der Weichsel für die Bevölkerung Ostpreußens. Im Namen Polens wurde der Kommission seitens des Delegationsrats General Szymborski ein ausführlicher Bericht unterbreitet. Die Arbeiten der Kommission werden mehrere Tage dauern.

Zu den Ausweisungen polnischer Juden aus Bayern.

Berlin, 21. November. (N. M.) Die Blätter berichten, daß die bayrische Regierung in Erwiderung des vom polnischen Gesandten in Berlin gegen die Ausweisung polnischer Juden aus Bayern erhobenen Protestes, der Reichsregierung eine Denkschrift überreicht habe, in der sie ihre Maßnahmen begründet. Sie bemerkt darin, daß in jedem einzelnen Falle die bayrischen Behörden nur Juden ausgewiesen hätten, die sich der Übertretung von Gesetzen und Begehung von Kriminalverbrechen, besonders auf dem Gebiete der Finanzgesetzgebung, schuldig machten.

Schwache Aussichten für die Stresemann-Regierung.

Berlin, 21. November. (Kat.) In hiesigen parlamentarischen Kreisen werden die Aussichten für das Kabinett Stresemann im allgemeinen ziemlich pessimistisch bewertet. Nach Ansicht dieser Kreise wird das Abstimmungsergebnis den Reichspräsidenten Coert dazu zwingen eine neue Regierung zu berufen. Aber vorausgesetzt, daß dies ein Beamtenkabinett mit rechtsparlamentarischer Färbung sein.

Wien, 21. November. (Kat.) Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Berlin, die Hoffnung, daß die gestrichelten Vorläufe mit den Kommunisten der Regierung zum Vorwärtsgang würden, habe sich nicht erfüllt. Obwohl die rechtsoberparteilichen als die sozialistischer Blätter behaupten, daß das Kabinett Stresemann nur direktionsmäßig sei. Die demokratischen Kreise haben Nervosität erwischt, da sie den Ausbruch der Einführung einer Ministerkabinet nicht mehr erwarten könnten. Sollte sich nichts Unvorhergesehenes ereignen, so werde die Regierung am Freitag oder Sonnabend gestürzt werden. Was dann folgen werde sei schwer vorherzusagen. Wie verlautet, wird Reichspräsident Coert Stresemann die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages nicht erteilen.

Die Not des deutschen Volkes

Wachsende Seerang und blutige Arbeitslosenunruhen. Rastwiz, 21. November. (Kat.) Aus Rastwiz wird berichtet, daß dort ein Brot eine Million Reichsmark kostet.

Berlin, 21. November. (N. M.) In Bielefeld ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei gekommen. Mehrere Personen wurden verletzt und eine große Anzahl verhaftet. Die Erregung unter den Arbeitern wächst. Einzelne Gruppen unternehmen Raubüberfälle auf die umliegenden Dörfer, um sich Lebensmittel zu verschaffen.

Berlin, 21. November. (Kat.) Gegen 6000 Arbeitslose, denen wegen des Bargeldmangels die Unterhaltungen nicht reiblos ausbezahlt werden konnten, versammelten gestern Abend in den Straßen Berlins eine Kundgebung. Als die Manifestanten zur Pländerräumung

Lebensmittelgeschäften übergangen, mußte die Polizei einschreiten, wobei ein Personentransport verunfallte.

Um eine Anleihe für Deutschland.

Paris, 21. November. (N. M.) „Petit Journal“ berichtet, daß in Amsterdam Verhandlungen zwischen englischen, amerikanischen und deutschen Finanzleuten in Sachen einer englisch-amerikanischen Anleihe für Deutschland stattfinden. Erhöhere verlangten, daß die Anleihe durch das Vermögen der drei deutschen Industriellen: Prinz Hohenlohe, Graf von Helldorf und Fürst Habsfeld gedeckt werden solle. Diese Garantien erreichen die Summe von gegen 12 Millionen Pfund Sterling. Für das erhaltene Geld wird Deutschland Lebensmittel in Amerika und Rohle in England einkaufen, während der Rest zur Gesundung der Staatsfinanzen verwandt werden soll.

Blutige Kämpfe mit den Sonderbündlern

Krausfurth a. M., 21. November. (Kat.) Die rheinischen Sonderbündler haben nach Eintreffen neuer Verstärkungen einen abermaligen Versuch unternommen, Mainz in ihren Besitz zu bringen. Es gelang ihnen das Rathaus zu besetzen, wo sie sich verbarrikadiert haben.

Berlin, 21. November. (Kat.) Zwischen den Sonderbündlern und den Nationalsozialisten ist es heute in Mainz zu einem überaus blutigen Zusammenstoß gekommen, während dessen 130 Sonderbündler getötet wurden. Mehrere Kämpfe fanden in der Umgebung von Bonn statt.

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland.

Paris, 21. November. (Kat.) Die Völkerversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, Deutschland mitzuteilen, daß die interalliierte Kontrollkommission ihre Tätigkeit bereits aufgenommen habe. Die deutsche Regierung werde für die Sicherheit der Kommissionenmitglieder verantwortlich sein. Für den Fall eines ablehnenden Standpunktes seitens Deutschlands behalten sich die Verbündeten Maßnahmen vor, wie sie solche für angebracht halten werden, vor.

Die deutschen Protestanten Polens und ihre Stellung zu Staat und Volk.

Wir entnehmen diesen beachtenswerten Aufsatz aus der Feder des Herrn Pfarrers Dr. Theodor Zickler dem „Evangelischen Gemeindeblatt“.

Die evangelische Kirche in Polen befindet sich in einer überaus schweren Lage. Wir sagen: „Die evangelische Kirche“ und nicht „Die evangelischen Kirchen“. Denn obwohl es in Polen, wenn man auf die äußere Organisation blickt, gegenwärtig fünf verschiedene evangelische Kirchen gibt mit besonderer Verfassung und besonderen Kirchenbehörden, die sich in keinerlei organischem Zusammenhang mit einander befinden, so stehen wir doch auf dem Standpunkt, daß im tiefsten Grunde diese Kirchen eine Einheit bilden, weil sie alle auf dem reformatorischen Grunde des Wortes Gottes und der Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben allein stehen, weil sie sich alle als Glieder des großen Weltprotestantismus fühlen. Unsere kleine Kirche in Kleinpolen, die sich evangelische Kirche A. und B. nennt, wird, wie sie es bisher getan hat, auch in Zukunft stets diesen Einheitsgedanken auf ihre Fahne schreiben und immer bereit sein, da, wo es sich um gemeinsame Bewegung des Glaubens und gemeinsame Vertretung unserer Rechte handelt, sich mit in die Front zu stellen.

Wir sagen, die Lage der evangelischen Kirche in Polen ist gegenwärtig eine schwere. Nicht darum, weil es verschiedene evangelisch-kirchliche Organisationen gibt. Das brauche kein Hindernis weder der engen brüderlichen Gemeinschaft noch auch eines starken geschlossenen Auftretens gegenüber der Außenwelt zu sein. Es müßte nur Ernst gemacht werden mit dem von uns von Anfang an vertretenen Gedanken des Kirchenbundes, der leider durch die Verhältnisse immer wieder in weite Ferne gedrückt wird. Wie sehr er notwendig wäre, das beweisen gerade die Vorkommnisse der letzten Zeit.

Die große Schwierigkeit für den Protestantismus in Polen liegt in der verschiedenen Einstellung nicht nur der einzelnen Kirchen, sondern auch der innerhalb jeder einzelnen kirchlichen Organisation vorhandenen nationalen Gruppen bezüglich der Stellung zu Staat und Volk. Am stärksten treten diese Gegensätze innerhalb der lutherischen Kirche im ehemaligen Kongresspolen hervor. Fast gar nicht sind sie vorhanden in der unierten und in der oberösterreichischen Kirche; allein das Problem klopft immerhin auch schon an die Türen dieser Kirchen an und ähnlich dürfte es in der bisher weitestgehend aus evangelischen Polen bestehenden reformierten Kirche Kongresspolens sein. Die evangelische Kirche A. u. B. in Kleinpolen besteht zwar ganz überwiegend aus Deutschen; aber die kleine Schaar evangelischer Polen macht sich in ihr seit einiger Zeit sehr bemerkbar und hat es in den Stadtgemeinden Krau und Bemberg zu ersten Konflikten gebracht. Neuerdings haben sich die evangelischen Polen unter Führung der Warschauer lutherischen Kreise zu einem Bunde der Evangelischen Polens zusammengeschlossen, der offensichtlich die Absicht hat, alles, was es an evangelischen Polen innerhalb des Staates gibt, zu einer großen Einheit zusammenzuschließen. Auf der evangelischen Seite ist bisher etwas Reelles nicht gemacht, was auch vor einem Jahre in Rastwiz die Vertreter der unierten Kirchen Polens, Kongresspolens und Oberösterreichs und die Vertreter Kleinpolens und der Diözesen Gemeindefürsorge zur Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft in Rastwiz führten. Aber ein solcher Zusammenschluß liegt in der Luft; er scheint eigentlich eine Notwendigkeit.

Dies wird schließlich an den verschiedenen Orten ganz besonders lebhaft empfunden, seit wir erkennen, daß die Stellung des Staates zu den evang. Deutschen in allen

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 2.100.000 poln. Mark.
Eine neue Koalitionsregierung?
Die deutschen Protestanten Polens und ihre Stellung zu Staat und Volk (Fortsetzung).
Schwache Aussichten für die Stresemann-Regierung.
Blutige Kämpfe mit den Sonderbündlern.
Um eine Anleihe für Deutschland.
Kundgebung des Lohnabkommens in der Lodzer Textilindustrie.

Teilgeboten gegenwärtig diese ist — nämlich offenbar die eines Missbrauches, das sich in Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Arrestierungen und dergleichen kundgibt. Wer hierin ein Bild hat in die Verhältnisse der spanisch-amerikanischen Rache Polens und Kommerziellen; wer die leitenden Persönlichkeiten dieser Rache kennt, der weiß, mit welcher außerordentlichen Vorsicht und Zurückhaltung dieselben sich gerade nach der politischen Seite hin verhalten haben und wie ungerecht der Verdacht und Vorwurf illegaler oder staatsfeindlicher Machenschaften gegen die Gerechtigkeit dieser Rache ist. Immerhin könnte man sich allerdings erlauben, daß in Polen, wo offenbar gegenwärtig eine Politik der Rache das Wort hat, und wo insbesondere der Appell an den Völkerverbund schon als Staatsverbrechen angesehen zu werden scheint, das allgemeine gegen jeden Deutschen — auch gegen die deutsch-katholischen Domherren in Gnesen und Posen — herrschende Mißtrauen auch auf die evangelische Geistlichkeit ausgedehnt wird. Aber unverständlich ist es, wenn diese Politik des Mißtrauens und der Rache auch hinhin ihre Fühler ausstreckt, wo auch jeder Schein einer Berechtigung dazu fehlt.

Die Bromberger Staatsanwaltschaft hat den Anlaß gegeben, daß an einem Tage in ganz Polen bei führenden deutschen Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen gehalten wurden. Verräuchelt handelt es sich darum, Material zu finden, welches die verwerfliche Tätigkeit des Deutschbundes und den gemutmaßten Versuch einer allgemeinen staatsfeindlichen Organisation des Deutschbundes beweisen sollte. Wenn der Bromberger Staatsanwalt Anlaß hatte, eine solche Untersuchung vorzunehmen, so müssen wir uns schon hüten, gegen die Form, in welcher diese Hausdurchsuchungen bei den Pfarrern unseres Landes gehalten wurden, müssen wir Verwahrung einlegen. War es zum Beispiel nötig, daß die Pfarrhäuser von Stanislaw und Ugarski von Polizisten mit aufgepflanzten Bajonetten umstellt wurden, ja daß in jedes Zimmer ein solcher Polizist gesetzt wurde und gleichzeitig auf der Straße ebenfalls solche Polizisten patrouillierten, so daß ein großes Aufsehen in der Öffentlichkeit gemacht und natürlich die unglücklichsten Gerüchte hervorgerufen wurden? War es nötig, daß untergeordnete Beamte, denen offenbar die nötige Sachkenntnis fehlte, die ganze Korrespondenz durchwühlten und Häufen von Sachen mitnahmen — darunter kirchliche Aktenstücke, die auch nicht das mindeste mit der Politik zu tun hatten? Wir hören, daß in Bissa Pastor Willmann ebenfalls gegen diese Form protestiert und schließlich durchgesetzt hat, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst die Revision in seinem Hause vorgenommen hat. Es scheint uns, daß solche Pfarrer, die seit Jahrzehnten ihre kirchliche Redlichkeit und Loyalität gegenüber den Staatsorganen bewiesen haben und die sich bei ihren Gemeinden ebenso wie bei den Behörden der wahren Achtung erfreuen, in solchen Fällen rechtlich wohl behandelt werden müssen.

Der Herausgeber des Gemeindefreies schreibt dies nicht, weil er dachte, daß durch diese Hausdurchsuchung seiner Stellung oder der Sache, die er vertritt, ein Schaden zugefügt werden könnte. Im Gegenteil — der Eindruck, den diese ganze Sache hervorgerufen hat, kann für die Betroffenen nur ein günstiger sein. Aber bedauernd ist es, daß in der evangelischen Bevölkerung dadurch Gefühle gegenüber den Staatsorganen hervorgerufen werden, die man leicht vermeiden könnte, wenn man eine tatkräftigere Form wählen wollte.

In der Presse heißt es, daß diese Hausdurchsuchungen den Zweck hätten, die Deutschen überhaupt einschüchtern und in der Befolgung ihrer politischen Bestrebungen irre zu machen. In einer Zeit wie der unsere, kann man aber durch Terror auf diesem Gebiet nur das Gegenteil von dem, was man erreicht, erreichen. Die führenden deutschen Blätter, wie die *„Freie Presse“* und die *„Bromberger Deutsche Rundschau“* sind der Meinung, daß sich nur erst recht das gesamte Deutschbündnis einigsetzt der Elemente, die sich bisher noch zurückgehalten haben, zum Schutz der ihm durch die Konstitution gewährten Rechte und zur Verleibung seines Volkstums zusammenzuschließen wird.

Wir möchten in unserm Blatt diese Sache vom Standpunkt der evangelischen Kirche aus beleuchten. Da würden wir es aufs schmerzlichste bedauern, wenn diese ganze Aktion dem Zeitgeist solde. Daß sich von neuem die Rache im Namen Polens und spanisch-amerikanischen Deutschen erwidern sollte. Das darf nicht sein! In dem, was in den letzten Wochen so große Bitterkeit unter den Deutschen hervorgerufen hat, sind die evangelischen Polen im allgemeinen gewiß nicht schuld. Was ist, daß die evangelischen Deutschen Protestanten — bei uns in Kalau und Zumburg — in erster Linie von Glaubensgenossen ausgegangen ist; wahr ist, daß man bei verschiedenen bedauerlichen Schritten der Behörden, die in letzter Zeit besonders in Zumburg vorkamen, die Hände solcher sogenannten evangelischer Glaubensgenossen nur zu deutlich spürte. Aber es waren doch immer nur einzelne. Wir wissen, daß die anderen evangelischen Glaubensgenossen polnischer Nationalität ein solches Vorgehen mißbilligen und bedauern. Aber andererseits müssen wir unsere deutschen Brüder nachdrücklich darauf hinweisen, daß sie sich in der gegenwärtigen Stimmung nicht etwa verleiten lassen, auch ihrerseits in Überretungen und Einseitigkeiten zu verfallen. Sondern wir die Sache nicht kleinlich und in beschränkter Einseitigkeit, sondern bilden wir sie von der Höhe aus an! Und fassen wir gerade in der gegenwärtigen schweren Stunde die Fühler mit unseren polnischen Glaubensgenossen nicht zu stark. Denn diese werden es sich überlassen lassen verhehlen, daß

die gegenwärtige Regierungspolitik, welche heute die nationalen Minderheiten bedrückt, sich morgen ebenso gegen die religiösen wenden wird. Wir spüren schon mancherlei davon. Wir haben gegenwärtig alle, ob polnisch oder deutsche Protestanten, ein Interesse, nämlich, daß uns die Rechte nicht verkürzt werden, welche uns nach der Verfassung zufließen.

Darauf es jetzt weiter ankommt, das ist dies, daß wir uns verstehen. Unser Blatt hat auch vor dem Krieg immer wieder betont, daß das Evangelium nicht an Deutschland gebunden werden darf, daß wir in diesem Lande uns nicht des Jüngereinsatzes bewußt sein müssen, den wir gegenüber unsern Mitmenschen anderer Zunge und anderer Volkstums haben. Wir begreifen es auch, daß nach der Wiederherstellung des polnischen Staates die Hoffnungen unserer polnischen Glaubensgenossen gewaltig gestiegen sind, daß sie sich einer großen Mission innerhalb ihres Volkes bewußt geworden sind. Und wir wollen auch so objektiv sein, Verständnis dafür zu haben, daß ihnen der vorwiegend deutsche Charakter des in Polen vorhandenen Protestantismus für die Durchsetzung ihrer Ideale als etwas Hindernis erscheint.

Aber auf der andern Seite müßt Ihr, lieben polnischen Glaubensgenossen, einsehen und habt Ihr es vielleicht auch eingesehen: Der Protestantismus in Polen hat nun einmal diesen Charakter. Er beruht in den meisten Gebieten größtenteils auf der deutschen Kolonisation. Seine Träger sind nun einmal größtenteils Männer, die gern ihr Volkstum festhalten wollen. Und ist das ein Verbrechen? Sündet Ihr Euch mit den Chauvinisten inne halb unseres Staates identifizieren, welche in der Ausrottung des deutschen Volkstums ihr Ziel sehen? Ist nicht jene Verletzung der polnischen Republik eine viel größere und viel edlere und sollte sie nicht gerade von Euch vertreten werden, daß diese Republik eine treue mahnende Mutter für alle ihre Kinder, sagen wir, meine ich für die leiblichen Kinder ebenso wie für die ihr nach Gottes Willen anvertrauten Pfingelkinder, sein muß?

Die Stellung von uns deutschen Protestanten innerhalb des polnischen Staates ist kurz gesagt die folgende: Wir stellen uns selbstständig ohne jeden Vorbehalt auf den Boden der demokratischen Verhältnisse. Wir fühlen uns durch unsere Stellung zur heiligen Schrift dazu verpflichtet, dem Staate, in dem wir leben und in dem wir die Rechte von Bürgern genießen, treu zu sein, seine Gesetze zu beobachten und uns von allen staatsfeindlichen oder staatsverderblichen Umtrieben fern zu halten. Indem wir freudig alle Pflichten erfüllen, beanspruchen wir allerdings auch die uns als Gliedern einer freien Republik zuzumessenden und durch die Konstitution gewährleisteten Rechte. Da nach der Konstitution alle Untertanen ohne Unterschied das Recht haben, ihre Nationalität zu bewahren und ihre Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen, so nehmen wir dieses Recht auch für die Deutschen in Anspruch. Denn wir betrachten allerdings weiter die Freie gegenüber dem angenommenen Volk als eine ständige Pflicht. Wir sind auch fest überzeugt, daß das religiöse Leben in allen Gemeinden unserer Kirche, die deutsch oder überwiegend deutsch sind, nur gedeihen kann, wenn das anerkannte Volkstum nicht verletzt oder unterdrückt wird.

Daß eine deutsche Minorität, ob groß oder klein, innerhalb eines Staates, dessen überwiegende Bevölkerung einer anderen Nationalität angehört, keineswegs ein gefährliches Element ist, im Gegenteil ein außerordentlich nützliches, ja staatsverhaltendes Element darstellt, das beweist die Geschichte. Man braucht nur auf die evangelischen Protestanten in den Ostprovinzen, diese treuen Träger des alten russischen Staatsgedankens, wie ebenso auf die gleichfalls evangelischen Siebenbürger Sachsen hinzuweisen, die auch, wie sie im ungariischen Staat als die treuesten Mitarbeiter der Staatsregierung zu vereinen wußten, jetzt in neuen Großrumänien wieder die volle Achtung und Anerkennung der Regierung erworben haben, obwohl sie wie an ihm im Glauben, so auch an ihrem Volkstum treu geblieben und sich seit einem halben Jahrhundert unter schwierigsten Verhältnissen gegen den Druck keinen Gehl machten.

Wenn unsere spanisch-amerikanischen Nationalität diesen unsern Standpunkt recht verstehen und ihm gerecht werden wollen, dann ist nicht einzuwenden, warum wir nicht unsererseits unsererseits finden auf dem Boden des gemeinsamen Glaubens, im Blick auf den gemeinsamen Glauben ein friedliches und freundliches Zusammenleben finden, ja gemeinsam in Segen an der Lösung der großen Probleme unseres Staatswesens und der großen Fragen arbeiten so tun, die gegenwärtig Europa und die Welt bewegen.

Polens liebe Freunde, die Franzosen.

Fransöserung der polnischen Abitur in Frankreich.

Die Sejmkommission für Schulfragen befragte sich in ihrer Dienstung v. a. mit der Angelegenheit der ungenügenden Rücklage von Seiten des Staates über die polnische Emigration in Frankreich.

Hierzu ergab ein Vertreter der A. P. N., Abg. Milczewski, das Wort. In einem längeren Referat wies er darauf hin, daß sich in Frankreich über 200 000 polnische Emigranten befinden. Wenn man den Umstand in Erwägung zieht, daß die jetzt im Nachbargebiet beschlagnahmten 75 000 polnischen Arbeiter in der nächsten Zeit nach Frankreich überstellt werden und daß noch eine größere Anzahl



General-Vertretung für Polen
Gens & Co.
Warschau, Maiszalkowska 130.

fensterglas jeder Art empfiehlt L. Lewin, Petrikauer Nr. 83

Günstige Zahlungsbedingungen.

polnischer Arbeiter nach Frankreich verbannt wird, so kann man schon heute sagen, daß in der nächsten Zeit gegen 500 000 polnische Arbeiter sich dort befinden werden. Bis jetzt befinden sich nur in 18 Ortschaften polnische Schulen. Diese Schulen können kaum 3—15 Proz. der polnischen Kinder aufnehmen, eben so viel Prozent dieser Kinder besuchen französische Schulen, die übrigen wachsen ohne jeglichen Unterricht auf. Die französische Regierung tut alles Mögliche, um die polnischen Kinder zu internationalisieren. Der Redner verlangt, daß die polnischen Geistlichen und Lehrer durch die polnischen Konsulate ihre Gehälter erhalten und auf diese Weise von der polnischen Regierung abhängig gemacht werden.

Bezeichnend für die „Freundschaft“ unserer französischen Bundesgenossen waren auch die Ausführungen der nächsten Redner, der Abgeordneten Solonowicz, der darauf hinwies, daß die Gefahr für die polnischen Kinder in Frankreich viel größer sei, als sie in Deutschland war. Man habe Deutschland als einen Feind betrachtet und sich gegen die Germanisierung gewehrt, die Franzosen betrachte man eher als Verbündete und Freunde und wehrt sich gegen die Französisierungsbemühungen weniger. Dieses nicht die französische Regierung aus und bezieht sich die Zahl der Franzosen auf Kosten der Polen zu vergrößern.

Nachdem noch die Abgeordneten Nymmer und Nowicki hierzu das Wort ergriffen hatten und nachdem die Abgeordneten Storkowski und Kordecki die Lage des polnischen Schulwesens und der kirchlichen Pflege der katholischen Polen in Amerika, Rußland, Polen und Estland geschildert hatten, wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert einen Plan der Unterstufung und der Fürsorge für die polnischen Schulen im Auslande auszuarbeiten und dem Sejm vorzulegen.

Die Vertreter des Unterrichtsministeriums und des Ministeriums des Äußeren erklärten, daß die Regierung jetzt schon sich der polnischen Schulen im Auslande annehme und sie nach Möglichkeit unterstütze. Bei der Erneuerung der französisch-polnischen Konvention werde die Regierung Forderungen stellen, die der Sejmkommission bei gleicher Gelegenheit zur Kenntnis gebracht werden.

Sittlich geistig krank?

Wien, 20. November. (Pat.) Hier geht das Gerücht um, daß Hitler in einem Sanatorium untergebracht werden soll, um seinen Gesundheitszustand zu untersuchen. Zugleich befindet er sich in einer St. Anna'schen Kur.

Italienreisen deutscher Exprinzen.

Rom, 20. November. (Pat.) „Giornale d'Italia“ berichtet, daß der dritte Sohn des kaiserlichen Kronsprinzen, Adalbert, in Begleitung zweier deutscher Offiziere in Meran eingekehrt ist. Der gewesene Kronprinz Wilhelm beschäftigt sich hauptsächlich mit der Jagd und alsdann um die Glaubenskur zur Heilung nach Italien einzuwandern.

Er gibt die Hoffnung nicht auf.

Köln, 19. November. In einem Brief an eine Pariser Freundin erklärt der Hochverratler Fortin, daß die Bemühungen, eine rheinische Republik zu schaffen, infolge des französischen Vortrags gescheitert seien. Er gebe jedoch die Hoffnung nicht auf die Gründung eines autonomen Staates mit Koblenz als Hauptstadt.

Ein Haftbefehl Degouttes gegen Hugo Stinnes?

Berlin, 20. November. In Berlin ist eine Meldung des Pariser „Soleil“ bekannt geworden, wonach General Degoutte einen Haftbefehl gegen Hugo Stinnes erteilt hat. Außerdem soll nach weiteren in Berlin kursierenden Gerüchten General Degoutte auch gegen die übrigen Industriellen, die mit der Jagd nach Kohle wegen Währungsreform der Ruhrproduktion verhandelt haben, Haftbefehle erteilen. Das Hugo Stinnes betrifft, so ist festzustellen, daß er seit

einiger Zeit in Berlin wohnt. Im übrigen wird jedoch von den zuständigen Stellen die Meldung des „Autonomen“ als unrichtig bezeichnet. Das Postbefehl des Generals Degoutte gegen Ruhrindustrialisten ist hier nichts bekannt.

Diese Gerüchte scheinen ihren Ursprung in der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zu haben, die zwischen den Schwerindustriellen und der französischen Ingenieurkommission wegen der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet gepflogen worden sind. Diese Verhandlungen sind gescheitert, weil, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, der Gegenwert der zu liefernden Kohle und des Transportes nicht auf das Reparationskonto gelegt und so dem Reiche vergütet werden, sondern auf ein anderes Konto geschrieben werden sollte. Dies wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt, weil nach den Bestimmungen über die Reparationsleistungen die Kohlenlieferungen auf das Reparationskonto zur Anrechnung kommen sollten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ knüpft an diese Meldung scharfe Angriffe gegen die französische Regierung, der sie vorwirft, durch diese Art der Verhandlungen die Absicht verfolgt zu haben, die Kohlenlieferung zur Deckung der Besatzungskosten zu verwenden.

Boykott der Schweiz durch Sowjetrußland.

Moskau, 21. Nov. (Pat.) In einer Unterredung über den Freispruch Contradis und Polansky erklärte der Sowjetkommissar für Aussen, Tschitscherin, daß die Sowjetunion ein Verbrechen der Schweizerischen Regierung sei und daß die Schweiz für die Basler Morbidat schwer büßen werde. Rußland werde von diesem Augenblick an jegliche mittelbaren und unmittelbaren Beziehungen zur Schweiz abbrechen. Der Boykott der Schweiz werde auf der ganzen Linie durchgeführt werden. Die Schweiz habe aufgehört, für Sowjetrußland zu bestehen.

Bern, 20. November. (Pat.) Der Bundesrat hat beschlossen, den im Prozeß gegen Contradi mitangeklagten Polansky, auszuweisen.

Die neue österreichische Nationalversammlung.

Wien, 20. November. (Pat.) Die österreichische Nationalversammlung hat sich konstituiert. Zum Präsidenten wurden der Christlichsoziale Miklasch, und zu Stellvertretern der Sozialdemokrat Eberich sowie der Deutschnationalen Dinghofer gewählt. Der Vorsitzende leitete in einer Rede mit, daß die Regierung formell um ihren Rücktritt eingekommen sei. Nach kurzer Unterbrechung fanden die Neuwahlen statt, bei denen das bisherige Kabinett mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wiedergewählt wurde. Bundeskanzler Seipel erklärte hierauf, daß die Regierung die Wiederwahl annehme.

Erneuerung des Gerichtsverfahrens gegen Nikolow.

Prag, 21. November. (Pat.) Der Staatsgerichtshof hat der Forderung der Staatsanwaltschaft stattgegeben und den Prozeß gegen den Mörder des ehemaligen Ministers Dasalow, Nikolow erneut aufgenommen.

Das endgültige Ergebnis der bulgarischen Parlamentswahlen.

Sofia, 21. November. (Pat.) Die bulgarische Telegraphenagentur gibt nachstehendes endgültiges Ergebnis der Parlamentswahlen bekannt: Regierungskoalition 201, Nationalliberalen 7 und die mit der Volkspartei gemeinsam vorgehenden Kommunisten 39 Mandate. Das neue Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich am 1. Dezember zusammentreten.

Dornen und Disteln.

Eine Tatarennachricht enthält der „Revale Bote“ aus Nauen wird ihm ein Ueberfall auf die Warthauer Zitadelle gemeldet. Danach sollen sozialistisch-revolutionäre Banden die Wache in der Zitadelle überfallen haben, wobei bei dem sich entzündenden Kampf und der Wiederherstellung der Ordnung die Truppen 25 Auführer getötet, 49 schwer und 29 leicht verwundet haben sollen.

Uns ist von einem solchen Ueberfall nichts bekannt geworden. Augenscheinlich ist in Nauen ein Mann angefallen, der hellseherische Begabung zeigt, denn er sieht Vorgänge, die sich höchstens in der Zukunft abspielen werden. Hätte ein gewöhnlicher Sterblicher oder vielleicht sogar eine deutsche Zeitung ein solches Gerücht, das im höchsten Maße geeignet ist, die Öffentlichkeit zu beunruhigen (§ 263 des Strafgesetzbuches), verbreitet, der Staatsanwalt hätte ihn, und mit Recht, sofort beim Schlafentzug geholt. So aber hört und sieht der Staatsanwalt nichts und läßt sich bei der Ueberwachung jedes Schrittes und jeder Handlung der „inneren Feinde Polens“, der bösen Deutschen, nicht stören.

Es gibt halt zweierlei Maß!

Der Wojewode von Pommern erließ eine Kundgebung an die Bevölkerung, in der folgende alarmierende Stellen vorkommen: Der abenteuerliche erstgeborene Sohn Wilhelms II. ist bereits an der Grenze Polnisch-Oberschlesiens und trifft Anstalten, um uns dieses reiche Land der schwarzen Diamanten, ohne welche die polnische Industrie nicht bestehen könnte, zu entreißen.

Der Deutsche als Kaufmann im alten Polen.

(3. Fortsetzung)

Die größte Bedeutung für den geschäftlichen Verkehr mit Polen besaß Nürnberg. Schon 1365 gewährte König Kasimir der Große den Nürnberger Kaufleuten Handelsfreiheiten in Polen. Seit diesem Zeitpunkt entfaltete sich der Handel mit den polnischen Städten, in erster Linie mit Krakau, immer mehr. Die Krakauer Stadtbücher überliefern eine große Anzahl von Namen Nürnberger Kaufleute, die in der Hauptstadt Polens wohnten. Die bedeutendsten unter ihnen sind: Konrad Seyler, Johann Meyer und Runcze Sera von St. Gallen, der trotz des Verbots, mit dem Adel in Handelsbeziehungen zu treten, mit einigen reichen Magnaten des Landes ein Miesengeschäft abschloß, wofür er nun freilich, nachdem er seinen Verpflichtungen nachgekommen war, zur Verantwortung gezogen wurde. Von den Krakauer Kaufleuten handeln mit Nürnberg vor allem Waldo Reisinger, Hannus Gensil und Johann Boner. Rurce Wolff schuldet dem Nürnberger Kaufmann Wilhelm Polczschuhr 500 — Hemil und Nikolaus Dietrich dem Krakauer Scherleyn aus Nürnberg wiederum 1151 1/2 Goldgulden, ein Beweis, wie bedeutend dieser Handel sein mußte. (Ebenda, S. 88 u. f.)

Manche dieser Kaufleute erwarben sich unermessliche Reichtümer. Der Name Wierzyński, der seinem Könige und dem deutschen Kaiser Geld geliehen hatte, ging in die Geschichte über. Morzyński beförderte die Waren auf eigenen Schiffen nach den Niederlanden und nach Spanien. Seyfried Weimann „von Weyherburg“ verschrieb seiner ersten Frau zunächst 800, dann 2000 Gulden, seiner zweiten 5000 Gulden „Morgengabe“, eine Summe, wie sie sonst nur die hervorragenden Magnatentöchter als Mitgift erhielten. Als er, 1515, starb, hinterließ er einige Häuser, ein Hüttenwerk in Olsch, dazu Landgüter, Gutschöfe, große Summen Bargeld, endlich bedeutende Schuldsforderungen, die auf verschiedenen Häusern in Krakau versichert waren. Noch hervorragender war Johann Boner aus Lonsau, der Hoflieferant des Königs, der einen überaus großen Einfluß auf die landesherrlichen Finanzen erhielt. Ihm ist es anzuschreiben, daß damals in Polen eine Trennung zwischen den für die persönlichen Bedürfnisse des Königs und den zu staatlichen Zwecken bestimmten Geldern. Wie reich seine Geldmittel waren, geht allein aus dem Umstande hervor, daß der Staat ihm und seinen Genossen 150 Tausend Gulden schuldet, eine für jene Zeit ungeheure Summe. Als dieser „dem Könige teure und dem Staate unentbehrliche“ Mann starb, ließ er Festungen nicht nur in verschiedenen Städten Polens, sondern auch in Ungarn und Deutschland zurück. Seine Stellung in Polen kann mit jener seines Zeitgenossen Jakob Fugger in Deutschland verglichen werden.

Auch in anderen Städten gab es Kaufherren, die großes Vermögen besaßen, Dörfer und Städte gründeten, als Förderer der Wissenschaften und Kunsttätigkeiten auftraten. Im Jahre 1655 starb z. B. in Lemberg Matthias Hander, der ein Buchwarengeschäft besaß. In seinem Nachlaß fand sich eine Fülle von Kunstgegenständen, kostbare Tafelgeräte, Uhren und anderer Schmuck, darunter 39 orientalische Teppiche und ein ganzes Arsenal von Waffen mit der Hausmarke der Hand. Auf dem Gutshof fanden sich so prächtige Rössen, daß eines der Reitpferde von Johann Sobieski, dem späteren Könige erstanden wurde. Das Leichenbegängnis kostete 1206 Gulden und das in einer Zeit, in der man für 3 Goldgulden den größten Ochsen kaufen konnte. — (M. Fr. Rindl, Geschichte der Deutschen in den Karpatenländern, 1907, Bd. 1, S. 330 ff.) Kein Wunder, daß die größten Magnaten Polens um die Hand ihrer Töchter warben. So heiratete

im 14. Jahrhundert der Kastellan von Sandomierz, Kristin von Rozeglowy eine Tochter und Peter von Reż eine andere Tochter des Hauptmanns Hans Borz. Mit der Familie Wierzyński sind die Familie von Welsky und andere verwandt. Die Tochter des Krakauer Kaufmanns Winz aus Danzig ist die Frau des Kastellans Domarat von Rebylin, die Tochter des Michael Gziler die Frau des Lorenz Jareha Kalinowski, Kastellans von Sieradz. Die Gattin des Jan Banchowski ist Magdalena Rejzner, die des Belwita von Welsky eine Agnes Schmarz. Tegynski geht die Ehe mit der Tochter des Leonhard Fogelmeier ein. Stanislaw Radziwill, der Sohn des Wojewoden von Wilna — mit Magdalena Boner. Nikolaus Gilowski — Kastellan von Sandomierz mit Anna Banga. Die angeführten Familien gehören zu den vornehmsten des Landes. Die Beispiele von Geschlechterverbindungen zwischen dem niederen Adel und den deutschen Bürgern Krakaus sind dagegen so zahlreich, daß es unmöglich wäre, sie aufzuzählen. Dasselbe geschah in anderen Städten Polens: Lemberg, Posen, Thorn, Danzig, Lublin, Bendzin, Sandomierz, Radom, Kalisz, Wielun usw. So heiratet, um noch ein Beispiel anzuführen, Stanislaw Walbrzyński aus Chomanice die in Lemberg gebürtige Margarethe Rymant, deren Mitgift aus zwei Steinhäusern in Lemberg und einem Bandgut bei Kalisz bestand. Aus diesen reichen Kaufmannsfamilien entstanden mit der Zeit die vornehmsten Familien des Landes, die zum großen Teil auch in den Adelsstand erhoben wurden. Zu diesen gehören im 14. Jahrhundert die Familien Wierzyński, Wierzyński, Wierzyński, Jordan und in den nächsten Jahrhunderten die Familien Salomon, Krzyżewski, Gziler (Fugger), Boner, Weimann, Morzyński, Szembel. (J. Ptasnik, Miasto w Polsce, S. 106 u. ff.) (Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Boh, den 22. November 1923.

Kündigung des Lohnabkommens in der Textilindustrie.

Die Boh. Oßtern fand in den Räumen des Textilindustrieverbandes auf Anregung der Industriellen eine Konferenz von Industrie- und Arbeitervertretern statt. Der Vertreter der Industriellen, Ing. Kumpel, erklärte, daß die Industriellen angesichts des herrschenden Bargeldmangels und des Stillstandes im Handel, die von der Teuerungskommission ermittelten 60 Proz. den Arbeitern nur unter der Bedingung zulegen könnten, daß diese Lohnhöhung nicht in den Provinzialstädten, wie Gienkocan, Petrikau, Tomaschow, Zyrardow angewandt wird, da es in diesen Städten keine Straßenbahn gibt, ohne die der Teuerungszuwachs in Boh nur 48 Proz. betragen hätte. Da die Arbeitervertreter sich damit auf keinen Fall einverstanden erklärten, zog Ing. Kumpel seinen Vorschlag zurück, erklärte aber, daß die Industriellen die Lohnhöhung bei Büroangestellten und Exzeptionen nicht anwenden werden. Hierauf erwiderten die Arbeitervertreter, daß sie darauf nicht eingehen können und daß sie sich einem etwaigen Streik der Büroangestellten anschließen würden.

Man schilberte Ing. Kumpel in längeren Ausführungen die Notlage der Industrie, worauf er im Namen der Industriellen den Vertrag vom 31. Juli, worin sie sich verpflichtet hatten, die Löhne alle 14 Tage gemäß den Berechnungen der statistischen Teuerungskommission zu regeln, kündigte. Herr Kumpel betonte hierbei, daß die Indu-

Ein anderer Hohenzoller wartet auf die Gelegenheit, um in unser geliebtes Pommern einzuwandern, was unseren wirtschaftlichen Ruin herbeiführen würde. An der Ostgrenze werden Bolschewiken in Massen zusammengezogen, um gegen Wilna, Wolhynien und Lemberg zu marschieren.

Die polnischen Chauvinisten sind gar merkwürdige Leute. Man konnte das neuerdings anlässlich der Judenverfolgungen in Bayern wieder feststellen. Da regten sie sich mächtig darüber auf, daß Bayern die polnischen Juden ausweist. Das Aufheben der polnischen Regierung gegen Bayern nahm in ihrer Presse schier kein Ende — der Uneingeweihte mußte den Eindruck gewinnen, daß die polnischen Rozwój-Menschen die größten Judenfreunde von der Welt sind. So erbittert wetterten die rechten Blätter gegen die bayrischen Hakenkreuzler.

Das war jedoch alles nur Verstellung, Politik, Angst — was ihr wollt! Das Hakenkreuz ist jetzt auch das Symbol der polnischen antisemitischen Rozwój-Gesellschaft geworden, auf deren neuesten Plakaten dieses urgermanische Symbol prangt.

Neugierig bin ich nun, ob der „Rozwój“, der „Kurjer Łódzki“, die „Rzeczpospolita“ und die übrigen schwarzen Blätter Polens die deutschen „Hakenkreuzler“ noch immer so verächtlich behandeln werden.

In Warschau wird das Theater: „Qui pro quo“ geschlossen. Warum? Weil das Theater die politische Satire pflegt und manchmal auch einem hochgestellten Zopfträger eins mit der Pritsche versetzt. Dieses „Maje-

itätsverbrechen“ muß nun durch Schließung der Kunststätte gesühnt werden.

Wie heißt es doch in einem bekannten Buch: „Wo aber die Menschen schweigen werden, werden die Steine schreien.“ Laßt euch das gesagt sein, ihr Herren, die ihr keine Kritik vertragen könnt!

Allezeit deutschfeindlich! — das ist die Parole der „Rzeczpospolita“. Selbst die Filmschau muß der deutschfeindlichen Propaganda dienen. Wir lesen da in einer der letzten Nummern: „Das Repertoire unserer Kino-Theater beginnt immer besser zu werden. Der deutsche Tand beginnt in das Dunkel trauriger Vergangenheit hinabzusinken und mit ihm die abgegriffene Berliner Schablone, mit der man uns viel zu lange gefüttert hat. Amerikanische und französische Filme sind heute an der Tagesordnung.“

Wat dem einen sien Uhl, is dem annern sien Nachtigall, seggt Frih Reuter. Mancher mag ja für den französischen pornographischen Quark und die amerikanischen Akrobatenfilme schwärmen — der gute Film ist deutsches Erzeugnis. Das gibt selbst die „Rzeczpospolita“ zu — wenn sie glaubt, es mit keinem deutschen Film zu tun zu haben. So nennt derselbe Filmzensent, aus dessen Feder das obige Zitat geflossen ist, den deutschen Film „Sterbende Völker“ sehr unterhaltend, da er interessante Gefallen bringe und originell aufgemacht sei. Der Film habe einen großen moralischen und künstlerischen Wert.

So kann man manchmal wider Willen die Wahrheit schreiben.

A. K.

stießen sich in Zukunft bei den Lohnregelungen mehr oder weniger an die Berechnungen der statistischen Deutungs-Kommission halten werden, jedoch ohne sich in dieser Hinsicht irgendwie zu binden. Die Vertreter der Arbeiter antworteten, daß sie sich mit einem Bruch des Jubiläumens unter keinen Umständen einverstanden erklären können und daß die Arbeiterverbände für die Folgen, die die Kündigung des Vertrages seitens der Industriellen nach sich ziehen könnte, keine Verantwortung übernehmen.

hup. Gestern fand im Zusammenhang mit der Kündigung des Lohnabkommens durch die Industriellen eine Versammlung der Arbeiterdelegierten des Verbandes „Praca“ statt. Während der Aussprache erklärten diese, daß sie mit einer Kündigung des Lohnabkommens in einer Zeit, da die Teuerung wüte, nicht einverstanden seien. Ihre Beduld sei erschöpft. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter gegen die brachialistische Snorierung der Berechnungen der Deutungskommission Einspruch erheben und erklären, in diesem Fall mit den stärksten Mitteln vorzugehen. In der Entschlußung wird des weiteren verlangt, das Wucherertum energischer zu bekämpfen und die Strafen für Wucherer zu erhöhen.

hup. Gleichzeitig fand eine Versammlung der Delegierten des Klassenverbandes statt, auf der ebenfalls die Angelegenheit der Kündigung des Lohnabkommens zur Sprache gelangte. Herr Kalinowski erklärte, daß die Hauptverwaltung des Verbandes im Hinblick auf den Ernst der Lage alle Anstrengungen machen werde, damit die Erhöhung der Löhne nach den Feststellungen der Deutungskommission geschehen könne, damit die Kündigungen der Betriebe mit den Industriellen aufhören. In einer mehrstündigen Aussprache verlangten die Redner, daß alle Angehörigen der Linien eine Aktion zwecks Abschaffung der Betriebskündigungen in der Industrie in die Wege leiten sollten. Des weiteren wurde die Hauptverwaltung aufgefordert, eine gemeinsame Konferenz aller Fachverbände einzuberufen, um eine einheitliche Front gegen die Kündigungen der Industriellen zu bilden.

Die Lohnzahlung gesichert! Wie wir erfahren, wurde seitens der Darlehenskasse alles getan, den Industriellen das für die heutige Auszahlung erforderliche Geld zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht darauf ist zu erwarten, daß die Industriellen heute in der Lage sein werden, die vollen Löhne auszahlen.

Die Tagesordnung der heute stattfindenden Stadtratssitzung umfasst folgende Punkte: 1. Mitteilungen, 2. Berichte des Stadtratsausschusses für allgemeine Fragen in Sachen der Verlegung in den Ruhestand des Magistratsbeamten Jakob Samulski, des Erwerbs des Mühlenbestandes Jendzejow zum Bau von Wohnhäusern für Arbeiter und Beamte, der Sanierung der städtischen Anlagen und Plätze im Zusammenhang mit der überhandnehmenden Typhusepidemie, der Verlegung der Jaietzer und Jendzejow Zufahrtshausstationen, der übermäßigen Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises, 3. Berichte des Stadtratsausschusses für Finanz- und Haushaltsfragen betreffs einer Unterstützung für das chemische Forschungsinstitut, der Erhöhung der Schilber und Kellereibühren, einer Unterstützung für das Lodzer Philharmonische Orchester, der Erlösung der Unterstellungen für mehrere Wohltätigkeitsanstalten, der Erwerbung des Gutes vom 11. 8. 23 bei der Verweisung und Einziehung der selbständigen Kommunalsteuern, der Beibehaltung der Hundesteuer, der Grund- und Elektrizitätssteuer, der Steuer für Eisenbahnladungen, der Hotelsteuer, der Straßen- und Zufahrtshausfahrkartensteuer, der Kanalschleusen, der Wohnungssteuer, der Steuer für profitorierte Wechsel sowie der Steuer für Eisfabriken und Neujahrsfesten ausrichten der Stadt.

Die Lodzer Arbeitslosigkeit und die Regierung.

Wie wir bereits berichteten, begab sich eine Delegation mit Herrn Reichsanwalt Szymanski an der Spitze nach Warschau, um bei den entsprechenden Regierungsstellen in der Angelegenheit der in Lodz um sich greifenden Arbeitslosigkeit vorzusprechen.

Die Abordnung wurde vom Sejmarschall Rataj und vom Minister für Arbeit und soziale Fürsorge Smulski empfangen. Auf die ihm überreichte Denkschrift des Stadtrats erwiderte der Minister, daß die größeren Lodzer Fabriken in den nächsten Tagen den Vollbetrieb wieder aufnehmen werden, so daß die Lage der Arbeiter eine Besserung erfahren dürfte. Was die von der Delegation beantragten Schritte zu öffentlichen Arbeiten betrifft, so versprach der Minister, diese Angelegenheit dem Ministerrat zu unterbreiten. Bezüglich des Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter für den Fall der Arbeitslosigkeit, erklärte der Minister, daß generwärtig darüber im Sejmatschuss für Rechtsfragen beraten werde, daß dieses Gesetz aber am frühestenfalls erst im kommenden Jahre verabschiedet werden könne. In der Angelegenheit der Arbeitsvermittlungämter und der Fürsorge für Auswanderer wies der Minister darauf hin, daß dies gleichfalls kein sofortiges Mittel sei, daß der Ministerrat in dieser Beziehung mit einer anderen Reihe von Vorstößen aufzutreten ist. Nach zweistündigen Verhandlungen verabschiedete der Minister Smulski, daß er die Angelegenheit dem Ministerrat unterbreiten und der Abordnung eine schriftliche Antwort erteilen werde.

Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß der ehemalige Stadtschreiber von Lodz, Krawczyk, der gleichfalls der Abordnung angehört, während der Audienz dem Arbeitsminister gegenüber noch rückwärts besank, daß die überaus traurige Lage des Lodzer Arbeiters vor allen Dingen auf den Umstand zurückzuführen sei, daß die Lodzer Industrie sich in den Händen der „Polatist“ befinde! Zu erwähnen ist ferner, daß auch das Delegationsmitglied Mlotcki sich dem Sejmarschall Rataj gegenüber in ähnlicher Weise äußerte und nicht umhin konnte zu versichern, daß die Lodzer Großindustrie, die sich in fremden Händen befinde, dadurch dem Staate gegenüber unbedingt feindlich gegenüber stehen müsse.

Anm. der Schriftst.: Daß Herr Mlotcki solchen Unfug äußerte, braucht die Welt nicht zu erschauern, dafür ist dieser Herr eine viel zu unbekannte Größe. Wunder nehmen muß es jedoch, daß Herr Krawczyk vom Galaktikus der Lodzer deutschen Industriellen falls ehemaliger Präsident von Lodz möchte er seine Mitbürger besser kennen. Und was sagt sein sozialistisches Gewissen zu seinem nationalistischen Ausfall?

pap. Ein neuer Fahrplan auf den Zuzufahrbahnen. Obwohl die Verwaltung der Lodzer Zuzufahrbahnen unläufig hoch und heilig verheißt, daß der Fahrplan auf den Zuzufahrbahnen bis zum 1. Dezember nicht erhöht wird, verpöbelten von gestern ab neue Fahrpreise. Wir drücken unseren Zweifel über die Verfertigung der Zuzufahrbahnen durch die Verteilung jener Notiz aus. Für eine Fahrt von Lodz nach Biala wählen ist es anzunehmen 140 000 M., von Lodz nach Julinow 40 000 M., Julianow—Selenowel 60 000 M., Selenowel—Jaiet 50 000 M., Jaiet—Rasitz—Ozorkow 260 000 M., Lodz—Alexandrow 180 000 M., Lodz—Biala 40 000 M., Biala—Kochanow 90 000 M., Kochanow—Alexandrow 60 000 M., Lodz—Konstantynow 15 000 M., Lodz—Babianice 200 000 M., Lodz—Ruda 95 000 M., Ruda—Kruszow 270 000 M.

Neue Waffen der Staatspolizei. Wie der „Dziennik“ Andro“i“ wissen will, wird die Staatspolizei

in kürzester Zeit eine neue Waffe erhalten. Es werden dies zum ersten Mal sein in einer Länge von ungefähr 1/2 Meter, die die Polizeibeamten stets bei sich zu tragen haben. Schüsse sollen dann nur in bringenden Fällen gebraucht werden. Die Waffe soll die Polizei mit Gasgranaten ausstatten werden, durch deren Explosion sich Gase entwickeln, die in Tränen reizen.

Zur Bekämpfung der Diphtherie. Dem „Kurjer Poranny“ zufolge ist auf der letzten Sitzung der hygienischen Gesellschaft in Warschau beschlossen worden, die besondere Aufmerksamkeit der Bekämpfung der Diphtherie zuwenden. Insbesondere sollen alle die neuen Methoden, die in Amerika und Amerika in den letzten Jahren erprobt worden sind, auch in Polen zur Anwendung gelangen.

Die Zahl der Volksschüler betrug im September 59 651, darunter 27 433 Knaben und 32 218 Mädchen. Davon sind 36 010 katholischen, 5661 evangelischen Glaubensbekenntnisses, 17 577 Juden und 403 verschiedener anderer Bekenntnisse ansehnliche Kinder. Diese Kinder waren in 160 aus 1333 Abteilungen bestehenden Volksschulen untergebracht.

Der Zustand der Krankenkasse. hat begrifflich Fuß gefaßt und das Augenmerk der Beteiligten in geistiger Weise auf die in der Krankenkasse herrschenden Zustände gelenkt. Wie uns berichtet wird, ist die Beamtenverwaltung der Krankenkasse die Ursache des Streiks, der geschehen ist, den an sich schon überaus traurigen gesundheitlichen Zustand von Lodz noch mehr zu verelenden. Auf die 180 Ärzte der Krankenkasse entfallen gegen 800 Beamte — kein Wunder daher, daß kein Geld vorhanden ist, die Ärzte entsprechend zu bezahlen, verdient doch ein leitender Beamter mehr als ein Arzt. Aus der gestrigen Ausgabe der „Fr. Pr.“ haben wir die über die erwähnten Verordnungen der Streikenden hinausgeleit und werden sehr freuen können, ob die Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit billig sind oder nicht.

Die Krankenkassen sehen sich Gefahren aus, wenn sie unter den derzeitigen Verhältnissen die Ambulanten der Krankenkasse aussuchen. Selbstredend, Pflegerinnen und Schwestern empfangen die Kranken, schreiben ihnen die Rezepte aus oder legen ihnen Verbände an. Man kann sich leicht vorstellen, was unter solchen Verhältnissen entstehen kann. Daß hier keine Gefahr besteht, es für nötig befindet einzuschreiten, ist einfach empörend.

hup. Mit Rücksicht darauf, daß die streikenden Krankenkassen ihre Forderungen verabschiedet haben hat der Krankenkassenkomitee sich mit dem Arbeitsminister Smulski in Verbindung gesetzt, der jedoch erklärte, daß er die Forderungen der Krankenkassen in ihrer bisherigen Form nicht annehmen könne und er der Ansicht sei, den Konflikt einmischen zu müssen. Die Krankenkassen sollen sich aber die Krankenkassen nicht einmischen lassen, sondern sich selbst helfen. Die Krankenkassen sollen sich aber die Krankenkassen nicht einmischen lassen, sondern sich selbst helfen.

Was um nun in Wilna? In Wilna macht sich ein Sinken der Preise bemerkbar. Ein bekannter „Kurier“ Mittags, das bisher 150 000 M. kostete, kostet jetzt dank der Tätigkeit des Wucherers nur noch 130 000 M., in mehreren Warengruppen sogar nur 100 000 M. Auch der Preis für Eisen ist um 10 000 M. für das Pfund gesunken. In Lodz aber steigen die Preise dank der Tätigkeit des Wucherers ständig!

hup. Der Wahllohn. Die Wähler fordern gegenwärtig für das Wählen von Streik 48 Proz. des Gewerbesteuerpreises. Das Wahlkomitee hat dagegen anordnet, nicht mehr als 38 Proz. des Gewerbesteuerpreises zu zahlen.

In unfres Busens Reine mag ein Streben,
Sich einem Höheren, Reineren, Unbekannten
Aus Dankbarkeit freiwillig hin ergeben,
Entscheidend sich den ewig Ungenannten;
Wir heißen; fromm sein!

Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

(42 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Seine Stimme hatte — zum ersten Male — einen herzlichen Klang und bedeutend lächelte er sie an. Wie gut ihm das Lächeln klebte! Wie er jung aussah, wenn der schwere Ernst aus seinen Zügen wich!

Um sie her waren Lachen und Fröhlichkeit. Das gute Mahl, die auserlesenen Weine des Gastgebers erhöhten das Behagen, und die Stimmung wurde erst belebt, je mehr die Zeit vorrückte. Nur Klaus blieb davon unberührt. Es war Isabella nicht gelungen, ihn aus seiner Zurückhaltung herauszulocken, er hielt die Schranken aufrecht. Ein feindseliges Gefühl quoll in ihr auf, ein rasender Trotz — hatte sie denn gar keine Macht über ihn?

Man hatte sich erhoben. Die Herren umdrängten Isabella und überboten sich in Komplimenten. Die schöne Frau Lohbecke war die Königin des Abends. Sie ließ ihre glänzende Unterhaltungsgabe spielen und noch nie hatte man sie in so strahlender Laune gesehen! Aber in ihrer Stimme, in ihrem Lachen war ein fremder Ton und ihre großen Augen glänzten unnatürlich.

Klaus von Wallbunn beobachtete Isabella die lässig in einem Klaisel lehnte, die weißen, ringgeschmückten Hände im Schoß gefaltet. Er konnte nicht klug werden aus dieser Frau: jetzt ließ sie sich den Hof machen

in einer Weise, als ob ihr ihre Lebensbedingung lei — dann wieder lag ein Zug von tödlichem Gelangweiltsein auf ihrem schönen, blassen Gesicht und ihre Augen blickten über alle hinweg — bis sie die seinen trafen. Ernst, unbewegt, sah er sie an, doch er hielt sich ihr fern. Und sie — sie hätte weinen mögen.

Man hat Ruth, zu singen, allen voran James Lohbecke, der kaum von ihrer Seite wich.

Mit ihrem anmutigen Lächeln trat sie an den Flügel und besprach sich mit der Baronin Schaffer, einer brillanten Klavierpielerin, die sie begleiten wollte.

Zubehelnd ertönte ihre herrliche Stimme durch den Raum und rauschender Beifall dankte ihr. Immer neue Zugaben schmeichelte man ihr an. Jetzt sang sie:

Sie blühten sich beide; doch keiner

Wollt es dem andern gestehen;

Sie sahen sich an so feindlich,

Und wollten vor Liebe vergehen!

Isabella erbleichte jäh; sie neigte den Kopf und blickte vor sich nieder. Aber wie von unwiderstehlicher Gewalt getrieben, hob sie die Lider und sah gerade in Klausens Augen, die mit seltsamem Ausdruck auf ihr ruhten. Heiße Rote stieg in ihr Gesicht — beider Blicke haften ineinander lange, lange — und Klaus wandte sich diesmal nicht weg. Welche Empfindungen wirkte das Lied in ihnen beiden? Wie kam Ruth gerade zu diesem Lied?

Klaus preßte die Lippen fest aufeinander: Isabella Lohbecke war sein Schicksal — fast bis zum Wahn sinn liebte er die blonde, schöne Frau. Und sie? Mit tausend Schmerzen sehnte sie sich nach ihm — all ihr Stolz hatte diese Liebe nicht unterdrücken können! Und er gehörte einer anderen!

„Sie waren längst gestorben, und wußten es selber kaum.“

verhasste das Lied leise, mit ergreifendem Ausdruck.

Isabella schaute leicht zusammen. Sterben? Nein, sie wollte nicht sterben, sie wollte glücklich sein!

Weder warf sie einen scheuen Blick nach Klaus. Er sprach mit seiner Frau, hatte seinen dunklen Kopf zu ihr geneigt, und sie lächelte ihn an.

Isabella erhob sich hastig und schritt zu der jungen Sängerin, die wie eine Königin von einem Kreis von Bewunderern umringt war, unter ihnen befand sich auch James Lohbecke, der unaufhörlich auf sie einprahl.

Ruth dachte nicht darauf, was er sagte, er war ihr so widerwärtig, daß sie kaum die Grenzen der Höflichkeit wahren konnte. Jetzt trat Isabella zu ihr. „Sie haben mich überrascht, Baroness; ich beglückwünsche Sie zu dieser Vollkommenheit“, sagte sie liebenswürdig. „Wie gern möchte ich Sie wieder hören.“

„Vielleicht ich?“ — „Uns die Baroness einmal das Vergnügen mit ihrer Gegenwart auf Birkenfeld!“ bemerkte James eifrig. „Wir würden unendlich glücklich darüber sein!“

„Ich beäure, meine Zeit ist äußerst knapp“, entgegnete Ruth kühl.

Isabella fühlte sich durch die abweisende Haltung des Mädchens verletzt und James bekam einen roten Kopf.

„Auch uns tut es leid, daß Ruth morgen schon wieder abreisen muß!“ sagte Ellen vermittelnd. „Vielleicht paßt es ein andermal besser, sie hat uns versprochen, bald wieder zu kommen.“

Die Herren schloßen sich der Einladung des Landrats nach den Rauch- und Spielzimmern.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und den Verlag:
Hauptgeschäftsführer Adolf Kargel — Druck und Verlag:
„Libertas“ Verlagsgesellschaft m. b. H.

18. Dem
 hnung der
 worden,
 der Displ-
 die reuen
 den letzten
 nwendung
 Septem-
 18 Mäd-
 engeliche-
 berchiede-
 stehenden
 te hat
 merkt der
 Kran-
 berichte-
 die Ue-
 von über-
 noch mehr
 anen esse-
 ber, daß
 zu he-
 als ein
 haben
 eifenden
 ob die
 lig sind
 ren aus,
 nulo'orien-
 ren und
 nren bis
 an kann
 ften ent-
 es. für
 Kranken-
 Kranken-
 multi in-
 Rorder-
 n nich-
 t ein m-
 n. Mit
 Kranken-
 nur noch
 An-er
 tlung zu
 an bat-
 rcht sich
 a. ame-
 130000.
 000 M.
 Blind
 der Täu-
 n gegen-
 des Ge-
 nren an-
 fies als
 k.
 ? Nein,
 Klaus.
 Kopf zu
 jungen
 is von
 ich auch
 h. Ruh
 wder-
 wahren
 r mich
 u dieier
 die gern
 al das
 ! be-
 glücklich
 , ent-
 Haltung
 rolen
 schon
 ielleicht
 rochen,
 andrats
 folgt).



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir hiermit die traurige Mitteilung, daß es Gott, dem Allmächtigen, gefallen hat am 21. ds. Mts. unsere liebe Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Karoline Schulz geb. Schmiedel

im Alter von 88 Jahren, nach langem, schwerem Leiden in ein besseres Jenseits abzurufen. — Die Ueberführung der teuren Entschlafenen findet am Freitag, den 23. ds. Mts., um 12 Uhr mittags, vom Trauerhause in Łódź, Wulcaniańska 79, aus, auf dem evangelischen Friedhofe in Zgierz statt.

4268

Die trauernden Hinterbliebenen.



Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, am Dienstag, den 20. November 1923, nach kurzem aber schwerem Leiden meinen innig geliebten Vaters, unseren unvergeßlichen Vater, Opa, Schwiegerjahn, Bruder, Schwager, Onkel und Ruzin, den

Müllermeister

Georg Aleksander Bonik

im Alter von 61 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. — Die Bestattung des teuren Entschlafenen findet Freitag, den 23. ds. Mts., um 2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause W. Gajarska 124 aus, auf dem neuen evangelischen Friedhofe in D. g. statt.

4265

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.



Der Cv. Frauenverein der St. Johannis-Gemeinde

veranstaltet Sonnabend, den 24. November, im Saale des Männer-Gesangsvereins, Petrikauer Straße Nr. 243, ein großes

Kirmes-Fest

mit Weihnachts-Verkauf.

50% des Reinertrages sind zu Gunsten des evangelischen Waisenhauses. Zum Verkauf gelangen: Stores, feine Handbestimmt. arbeits, Wäsche, Schürzen in großer Auswahl, Jumper, Brandmalereien, Handmalereien, Pfefferkuchen usw.

4204

Für Kinder: Glücksrad, Kasperletheater und verschiedene Ueberraschungen.

Große Auswahl in Stoffresten zu Weihnachts-Geschenken.

Reichhaltiges Büfett.

Konzertbeginn um 5 Uhr.

Konzert-Direktion: Alfred Strauch.

Saal der Philharmonie.

Sonntag, den 25. November um 4 Uhr nachmittags

Operetten-Nachmittagskonzert

Das Programm fallen aus die

Künstler der Warschauer Operette:

Walerja

Dobosz-Markowska

Kazimiera Horbowska

Marjan Wawrzakowicz

Direktion: Z. Gorzyński.

Im Programm „Madame Pompadour“, „Bajadera“, „Die Königin der Willen“, „Der weiße Mazur“, „Die Czardasz-Prinzessin“ und Lieder.

Billetts von Mk. 80,00 bis 400,00 zu haben an der Kasse der Philharmonie täglich von 10—1 und von 3—7 Uhr abends.



Turnverein „Aurora“.

Sonabend, den 24. November, um 8 Uhr abends, Arbeit im eigenen Lokale, Miłoch-Straße Nr. 64 ein

Familienabend

mit anschließender Preisverteilung statt. — Diesen Abend werden die bei dem vom L. B. „Aurora“ veranstalteten Wettkämpfen Preise zu tun haben werden nicht, dieselben in Empfang zu nehmen. — Nach der Preisverteilung wird eine humoristische Porträts mit der anschließenden Tanz. — Die Musik liefert das eigene Orchester unter Leitung des Dirigenten Herrn Eduard Ende. — Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.

Die Verwaltung.

Pelzauarbeiten

C. Zusmanek, Petrikauer 19

im Hofe links 2-ter Eingang, 2-ter Stock

Telephon Nr. 24-66

Brillanten, Gold, Silber, Uhren ver-

kaufe und zahle die höchsten Preise

N. WARSZAWSKI

9 PETRIKAUER STRASSE 9

im Hofe, linke Offizine, 2. Stock.

4234



Der Kathol. Kirchenpfangsverein „Cäcilie“
der hl. Kreuzkirche zu Łódź

begeht am Sonnabend, den 24. ds. Mts. um 8 Uhr abends, im Lokale Konstantinerstr. 4 sein

68-jähr. Stiftungsfest

mit reichhaltigem Programm und darauffolgendem Tanz.

Die geschätzten Mitglieder, nebst ihren wertigen Angehörigen, sowie durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen.

4262

Die Verwaltung.

Zarząd Kolei Elektrycznej Łódzkiej

zawiadamia pp. akcjonariuszów, że uchwałą 23-go Walnego Zgromadzenia z dnia 17 listopada r. b. wyznaczona została dywidenda za rok 1920 w kwocie Mk. 390.— od akcji.

Dywidenda wypłaconą będzie z dniem 21. b. m. w Banku Handlowym w Łodzi, Aleje Tadeusza Kościuszki Nr. 15, za kup. No. 20 za rok 1920.

4264

Oskar Kahlert

Glaschleiferei und Spiegelbelegerei

Łódź, Wólczńska-Straße Nr. 109.

4223

Heilanstalt f. Zahn- u. Mundkrankheiten
145 Petrikauer Strasse 145
v. Zahnarzt H. Pruss
Plombieren, schmerzlos, künstlich. Zähne.
Preise und Taxen: 315

Dr. med. Roschaner

Haut, Geschlechts- und Harnleiden. Behandlung mit künstl. Röntgenstrahlung. 2943
Dzielnia - Straße 9.
Empf. v. 8-10^{1/2} u. 4-8.

Klub-Möbel

Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, Kabinets, Büro-Möbel, Kücheneinrichtungen, Metallbetstellen, empfiehlt zu niedrigen Preisen b. günstigen Bedingungen

Möbel-Magazin

Wł. Romiszowski

Petrikauer Nr. 116

1. St. Front.

—Telephon 21-61—

4266

„Berliner Illustrierten Zeitung“

„Zukunft“

„Die Kunst“

„Die Welt“

„Die Zeit“

„Die Woche“

„Die Jugend“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“

„Die Arbeiter-Zeitung“